

Das schwierige Verhältnis von Freiheit und Sicherheit

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „Sicherheit im öffentlichen Raum“ (SIRA) untersucht in den kommenden Jahren, welche Faktoren die Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen beeinflussen. Professoren der Universität der Bundeswehr sind an der Studie beteiligt.

Angesichts erhöhter Terrorwarnungen, eines vermeintlichen Kofferbombenfunds in Namibia und verschärfter Sicherheitsvorkehrungen auf Flughäfen und bei Großveranstaltungen rückte die Frage nach einem angemessenen Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im November erneut in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Von Flüssigkeitsbeschränkungen im Fluggepäck über



Erstes Treffen des SIRA-Konsortiums an der Universität der Bundeswehr München.

Sicherheit – zuungunsten der Freiheitsrechte. Allerdings lassen sich vor dem Hintergrund dieses allgemeinen Trends – etwa im internationalen Vergleich – große Unterschiede feststellen, wenn es um die gesellschaftliche Akzeptanz von diesen Vorkehrungen geht. Diesem Thema widmet sich das von Prof. Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München, geleitete und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsprojekt „Sicherheit im öffentlichen Raum“ (SIRA).

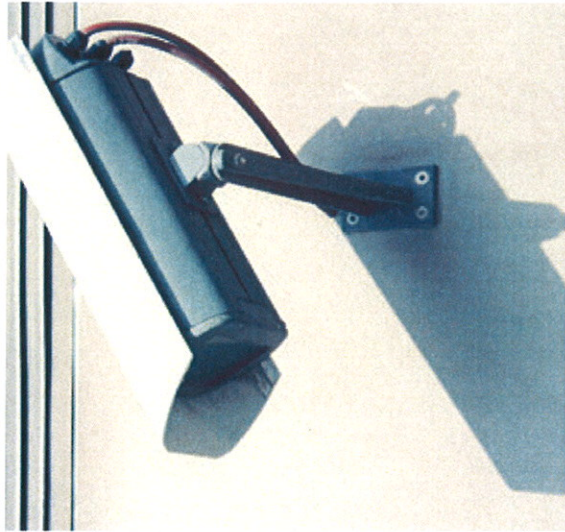
Fallstudien in Luftfahrt und Information

Ziel des bis 2013 laufenden Projekts ist es, zu untersuchen, welche Faktoren die Akzeptanz und Ablehnung von Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Raum beeinflussen. Um diese Frage zu beantworten, werden Fallstudien in zwei Teilbereichen durchgeführt. Der erste Bereich beschäftigt sich mit dem Sektor Personnluftverkehr („Luftverkehrsicherheit“), der zweite Bereich widmet sich der Erhebung und Speicherung von Daten durch staatliche Organe zur Herstellung von Sicherheit („Informations-sicherheit“). Zentrale These des Projekts ist, dass die Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen maßgeblich vom gesellschaftlichen Umfeld abhängt. Um den Einfluss sogenannter sozial-kultureller Faktoren zu untersuchen, wird im Projekt ein entsprechender theoretischer Rahmen entwickelt, der gleichzeitig Grundlage und Bezugspunkt für die empirischen Fallstudien ist.

Das Projekt SIRA wird im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung vom BMBF mit rund zwei Millionen Euro gefördert. Zu dem von Prof. Masala koordinierten Forschungskonsortium gehören insgesamt acht Partner, darunter zwei Fraunhofer-Institute, mehrere universitäre Einrichtungen sowie ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Von Seiten der Universität der Bundeswehr München sind neben Prof. Masala auch Prof. Ursula Münch, Professorin für Innenpolitik und Vergleichende Regierungslehre, und Prof. Wolfgang Bonß, Professor für

Foto: Universität der Bundeswehr München

Foto: 'Cathin' / photoes.com



Bei diesem Anblick spalten sich die Gemüter: Für die einen bedeutet es weniger bürgerliche Freiheitsrechte, für die anderen mehr öffentliche Sicherheit.

Soziologie, beteiligt. Auf die drei an der Universität der Bundeswehr München angesiedelten Teilprojekte im Rahmen von SIRA entfallen rund eine Million Euro.

Am 13. Oktober fand auf dem Campus der Universität der Bundeswehr München das Auftakttreffen des Verbundprojekts statt. Die beteiligten Forscher gehen davon aus, dass die Ergebnisse des Projekts über die Wissenschaft hinaus von Relevanz sein werden. Schließlich ließe sich ein besseres Verständnis für die untersuchten Zusammenhänge nutzen, um gesellschaftlich akzeptierte Sicherheitsmaßnahmen zu identifizieren, politische Entscheidungen auf der Basis breiter öffentlicher Zustimmung zu treffen und entsprechende Maßnahmen effektiver und damit auch kostengünstiger umzusetzen. Mehr Informationen zu SIRA unter www.sira-security.de

Stephanie Linsinger und Konstantinos Tsetsos